

Europabüro Hannover
Frau Erika Mann, MdEP
Odeonstraße 15/16
D-30159 Hannover

Ronnenberg, den 28.06.2005

Offener Brief: Software-Patente

Sehr geehrte Frau Mann,

in wenigen Tagen werden Sie im Europaparlament eine weitreichende Entscheidung über die Patentierbarkeit von Software fällen. Wie wir verschiedenen Quellen entnommen haben, steht Ihre persönliche Entscheidung entweder noch nicht fest oder tendiert zugunsten von „Software-Patenten“.

Wir beziehen uns u.a auf Ihre Homepage und „heise.de“ vom 22.04.2005: *„Den eigentlichen Konflikt sieht sie [Erika Mann] nicht zwischen kleinen und großen Unternehmen, sondern zwischen der Industrie und Programmierern. Letztere hätten das Internet und Open-Source-Software entwickelt und würden daher die lieb gewonnenen Freiheiten nicht aufgeben wollen. Die gesamte Wirtschaft sei dagegen für Softwarepatentgesetze, behauptete Mann.“*

Abgesehen davon, dass dies eine definitiv irrige Annahme ist, sind wir als in der Region Hannover ansässiges IT-Dienstleistungsunternehmen ein Teil der Wirtschaft, von der Sie sprechen und haben eine andere Meinung dazu: Es geht uns um wirtschaftliche Entwicklung und Sicherung von Arbeitsplätzen – mit Open-Source- und auch mit urheberrechtlich geschützter Software. Dazu brauchen wir keinen Patentschutz – im Gegenteil: Die überwiegend aus kleinen und mittleren Betrieben bestehende europäische Software-Branche kann es sich schlicht und ergreifend nicht leisten, vor jedem neuen Projekt aufwändige und teure Patent-Recherchen zu finanzieren.

Wie wir denkt die Mehrheit der Unternehmen, die wirklich Software entwickeln und damit einen tatsächlichen innovativen Beitrag leisten. Sie haben doch sicher die Seiten www.patentfrei.de und www.wirtschaftliche-mehrheit.de gesehen?

Wir wollen darauf hinweisen,

- dass der Richtlinien-Entwurf der Kommission hinsichtlich reiner Software-Patente eben keine ausreichende Rechtssicherheit schafft, wie immer wieder behauptet wird.
- dass Artikel 4 sich bspw. auf den „technischen Beitrag“ bezieht; ein Computer ist aber auf jeden Fall ein technisches Gerät.
- dass sich die Rechtslage auch für die bereits existierenden ca. 30.000 beim EPA registrierten Software-Patente ändern würde: Sie wären einklagbar, und zwar ohne eine inhaltliche Bewertung durch die Gerichte, denn sie wurden ja bereits von den Patentämtern geprüft.
- dass allein die Androhung einer Patentverletzungsklage kleine und mittelständische Unternehmen in den wirtschaftlichen Ruin treiben kann.
- dass Unternehmen wie das unsere, welches überwiegend Internet-Software und -Dienste anbietet, jederzeit mit einer solchen Klage rechnen muss. Dies zeigen Fälle aus der jüngsten Vergangenheit, z.B. die Klage einer Privatfirma gegen AOL (<http://www.heise.de/newsticker/meldung/60688>) wegen der „visuellen Information [also E-Mail] über neue Sprachnachrichten“. Das entsprechende US-Patent ist auch beim EPA angemeldet. Dieses Beispiel ist gerade wegen seiner erschreckenden Trivialität exemplarisch für die Situation in Europa.

Sehr geehrte Frau Mann, wir würden gerne von Ihnen direkt erfahren, wie Sie verhindern wollen, dass ein ganzer Wirtschaftszweig mit Klagen überzogen werden kann.

Wir würden gerne erfahren, wie Sie über diese Probleme denken und wie Sie im Juli im EP abstimmen wollen. Wir veröffentlichen unseren Brief auf unserer Internet-Seite www.trilos.de und möchten das mit Ihrer Antwort auch tun, Ihr Einverständnis

vorausgesetzt. Wir würden gerne mit Ihnen in einen Dialog treten, denn wir sind die Betroffenen. Wir schaffen Innovationen und Arbeitsplätze – noch...

Wir können Ihnen an Beispielen erläutern, wie Patent-Inhaber versuchen, Machtpositionen zu sichern und Konkurrenten vom Markt zu drängen.

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören und verbleiben,

mit freundlichen Grüßen,

die geschäftsführenden Gesellschafter:

Erik Petersen

Frank Staude

Ralf Schreiber